

Sozialdemokrat



der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
der Tschechoslowakischen Republik.

Donnerstag, 13. Juli 1922.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
gangjährig . . . 192.—
Für Deutschösterreich
monatlich SK 600.— für
Deutschland Mk. 40.—
Ersteinst mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Nr. 162.

Wahres und falsches Slawentum.

Ueber wahres und falsches Slawentum ist ein hitziger Streit ausgebrochen. Er wird auf der einen Seite von den Bränner „Lidove Roviny“ geführt, auf der anderen von Dr. Kramar höchstpersönlich in den „Narodni Listy“. Natürlich behauptet dieser, da er nicht nur der geborene, wenn auch noch verkannte, Führer der tschechischen Nation, sondern auch der einzig berufene Ausleger der Idee des Slawentums zu sein vermeint, daß nur er vom Slawentum, wie es sein muß und was es zu sein hat, die richtige Vorstellung besitzt. Da Herr Dr. Kramar durch die „Narodni Listy“, seinem publizistischen Schalltrichter, die Klame für diese seine allslawische Sendung bei jeder nur möglichen Gelegenheit ausgiebig besorgen läßt und auch selbst besorgt, so hat er damit im tschechischen Volke einigen Glauben gefunden.

Da kommt nun das andere Blatt seiner Partei, die „Lidove Roviny“, und sucht diesen Glauben an Dr. Kramar, den einzig wahren und berufenen Slawenapostel, in feinerischer Weise zu untergraben. Das Blatt erteilt einem Verfasser, der mit „j. s.“ zeichnet, das Wort und Herr „j. s.“ veröffentlichte vor einigen Tagen dort unter dem Titel „Das Hallo-Slawentum und Rußland“ („Heslovanskvi a Rusko“) einen Leitartikel, der sichtlich gegen Dr. Kramar und die von ihm vertretene stoffreaktionäre Auslegung des Gedankens des Slawentums gerichtet ist.

Dr. Kramar war ehemals ein begeisterter Rußlandschwärmer, doch nur solange, als in Rußland der Zarismus herrschte; seit diese Haupt Hoffnung des Herrn Dr. Kramar zusammenbrach, ist er auf Rußland böse und hat es für insoweit aus dem Kreise des Slawentums ausgeschlossen, als es nicht unter die Anutensherrschaft des Zarismus wieder zurückgeführt sein wird. Darum bekämpft Herr Kramar hartnäckig alle Bestrebungen des Außenministers Dr. Beneš, mit Sowjetrußland handelspolitische Beziehungen anzuknüpfen; er ist auch unter jenen, welche mit allen Mitteln den Zusammenbruch des heutigen Rußland herbeiführen und am liebsten seine Niederwerfung durch einen Krieg sehen möchten.

Herr „j. s.“ wendet sich gegen diese Absichten des Dr. Kramar und gegen seine einseitige, gehässige Beurteilung der russischen Revolution und ihrer Wirkungen, indem er schreibt: „Die Hungernöte in Sowjetrußland zu schildern und dabei zu verschweigen, daß auch unter dem Zarismus Hungernöte nicht unbekannt waren, ist weder richtig noch ehrenvoll. . . . Wer sich über die undemokratische Verfassung Sowjetrußlands aufregt, obwohl er mit größter Tolleranz den Absolutismus des Zaren ertragen hat, besitzt kein Recht, sich auf das Slawentum zu berufen.“

Dr. Kramar rückt nun in den „Narodni Listy“ dem Artikelschreiber der „Lidove Roviny“ an den Leib und kanzelt ihn als jungen unerfahrenen Menschen ab und sagt ihm, daß er nicht wisse, was das Slawentum sei. Wenn er, Herr Dr. Kramar, über Slawentum mit einem einfachen, guten tschechischen Marktweibe spräche, so würde ihn dies sicher gut verstehen, wie es das Slawentum auch richtig verstanden habe, als es sich im Jahre 1914 auf die Ankunft der Russen vorbereitete. Herr „j. s.“ dagegen (offenbar der frühere Abgeordnete Dr. Jaroslav Stranek) verstehe dafür nur Herrn Trotsky. Er würde die allslawische Idee besser verstehen, wenn er älter wäre. Doch so sei Herr „j. s.“ in der Zeit aufgewachsen, da der sozialistische Internationalismus den slawischen Gedanken verdrängte, auch sei Rußland vernichtet und so könne er vom Hallo-Slawentum schreiben.

Es wäre natürlich höchst verfehlt, anzunehmen, daß sich Herr „j. s.“ und seine „Lidove Roviny“ von Herrn Dr. Kramar in seinen bürgerlich-kapitalistischen Grundauffassungen wesentlich unterscheidet, aber wenn er gegenüber Sowjetrußland eine andere Stellung einnimmt, so nur deshalb, weil er in seinem kapitalistischen Instinkt die Verderblichkeit der

Entscheidende Erklärung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Ebert von Wirth nach Berlin berufen. — Bevorstehende Reichstagsauflösung.

Berlin, 12. Juli. (Eigenbericht.) Die Vorstände des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des Rabundes der Sozialdemokraten und der U. S. P. D. traten heute nachmittags zu neuen Beratungen zusammen, um die gesamte politische Situation einer eingehenden Aussprache zu unterziehen. Angesichts der bisher unzureichenden republikanischen Schutzgesetzgebung hatten die Körperschaften starke Bedenken, ob die sozialdemokratischen Parteien in der Schlussabstimmung dem Schutzgesetz ihre Zustimmung geben sollten. Dadurch würde die Vorlage zum Scheitern verurteilt werden und die Reichstagsauflösung würde unvermeidlich sein. Die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien

erklärten noch besonders, daß sie niemals daran gedacht haben, ihre Forderung wieder aufzugeben, daß die U. S. P. D. zur Durchführung der Maßnahmen zum Schutze der Republik in die Regierung eintreten soll.

Wie wir hören, hat auf Grund dieser Erklärung der Reichskanzler dem Reichspräsidenten Ebert von der Lage Mitteilung gemacht und ihn ersucht, seinen Urlaub abzubrechen und sofort nach Berlin zurückzukehren. Die Absicht der bürgerlichen Parteien, die Krise zu verschleppen und einer klaren Entscheidung auszuweichen, wird durch den Beschluß der leitenden Körperschaften der Arbeiterorganisationen vereitelt sein.

England, Belgien und Italien für ein Moratorium.

Auch Frankreich stimmt zu.

Berlin, 12. Juli. (Eigenbericht.) Nach Meldungen aus Paris soll Deutschland auf Antrag des englischen Delegierten in der Reparationskommission, der von den Vertretern Belgiens und Italiens unterstützt wird, ein Moratorium gewährt werden. Nach den englischen Vorschlägen soll Deutschland ein zwei- oder dreimonatiges Moratorium für Barzahlungen bewilligt werden. Die Sachleistungen sind zu ermäßigen. Da ein offizieller Beschluß der Reparationskommission erst nach der anfangs nächsten Woche erfolgen dürfte, müsse die Kommission unverzüglich zu erkennen geben, daß sie die Schwierigkeiten, mit denen Deutschland zu kämpfen habe, anerkenne,

und zu einer Hilfsaktion entschlossen sei. Dies müsse dadurch geschehen, daß die Kommission die am 15. Juli fällige Zahlung nicht sofort in Anspruch nehme, sondern sich damit einverstanden erkläre, daß die Summe in der Berliner Reichsbank zur Verfügung der Kommission bereitgehalten wird. Der Vertreter Frankreichs, der sich diesem Vorschlag gegenüber zunächst abwartend verhielt, soll von Poincaré inzwischen ermächtigt worden sein, dem Moratorium zuzustimmen, damit Frankreich nicht wiederum isoliert dastehe. Inzwischen hat die Reparationskommission mitgeteilt, daß sich der Betrag, den Deutschland am 15. Juli zu zahlen habe, von 50 auf 32 Millionen Goldmark ermäßige.

Berminderung der nächsten Reparationszahlung.

Paris, 12. Juli. (Havas.) Die Reparationskommission veröffentlicht folgende amtliche Mitteilung: Entsprechend der Entschlieung vom 21. März 1922, durch welche die deutschen Zahlungen im Jahre 1922 festgelegt wurden, hat die Reparationskommission in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, auf die Frankreich von Deutschland zu leistenden Zahlungen einen Betrag von 17.892.602,30 Goldmark einzurechnen, die sich ergeben aus Zinsen, aus dem Reservefond der Kommission sowie aus Zahlungen, die von der Luxemburgischen Regierung für die Kohle und von dem Textilverbande für die in der Zeit vom 1. November 1921 bis 30. Juni 1922 gelieferten Farbstoffe geleistet wurden. Der Betrag, den Deutschland am 15. Juli noch zu zahlen hat, vermindert sich von 50 Millionen auf 32.107.397 Goldmark 70 Pfennige.

Erheblicher Rückgang der Kurse der ausländischen Zahlungsmittel an der Berliner Börse.

Berlin, 12. Juli. (Eigenbericht.) Die Nachrichten darüber, daß Deutschland ein zwei- bis dreimonatiges Moratorium bewilligt werden soll und daß auch die Zahlung am 15. Juli vorläufig nicht abgeführt zu werden braucht, hat an der hiesigen Börse einen sehr erheblichen Rückgang der Kurse für ausländische Zahlungsmittel zur Folge gehabt. Dollarnoten, die gestern mit 550 gehandelt wurden, erhielten bei Beginn der Börse nur noch 510, der Kurs ging dann weiter zurück, bis er am 12. mit 448 notiert wurde. In ähnlichem Verhältnis gingen auch die anderen Devisen zurück. Es ist anzunehmen, daß sich der Kursrückgang in den nächsten Tagen fortsetzen wird, da man besonders in Industriekreisen den Bestand an Auslandswechseln möglichst schnell abzustreifen bestrebt ist.

Ausschaltung dieses volkreichsten Staates Europas aus dem Wirtschaftsgetriebe führt und aus wohlverstandener kapitalistischer Interesse heraus die Erschließung Rußlands als Absatzmarkt auch unserer Industrie herbeiwünscht. Diesem Instinkte folgend, will er sich durch die Kramarsche reaktionäre Auslegung des allslawischen Gedankens nicht stören lassen. Das Geschäft steht ihm höher, als die Ideale Kramars, darum erklärt er diese Ideale als falsch und spottet dessen Hallo-Slawentums. Herr Dr. Kramar indessen verbindet mit der Sehnsucht nach der Förderung der kapitalistischen Geschäfte auch noch den Wunsch, seine reaktionären Absichten erfüllt zu sehen und er kleidet daher seine Sehnsucht in ein nationales, allslawisches Gewand. Sein Slawentum ist aber sofort zu Ende, wenn es seinen politischen und wirtschaftlichen reaktionären Absichten zuwiderläuft. Slawentum ist ihm nicht die sprachliche und kulturelle Gemeinschaft der slawischen Völker, sondern nur das Mittel zum Zweck, der die Etablierung der Reaktion und

Der tschechoslowakisch-deutsche Vertrag über Rechtsschutz und Rechtshilfe.

Aus der Rede des Genossen Dr. Heller in der Dienstagssitzung des Senats.

In seiner Rede, die wir gestern wegen Raummangels zurückstellen mußten, führte Genosse Dr. Heller unter anderem aus:

Wer den Leidensweg kennt, den bisher alle jene betreten mußten, die in irgendeiner Angelegenheit in Zivilsachen mit Deutschland zu verkehren hatten, der wird diese Vorlage mit Freude begrüßen können. Wir würden nur auch dem Wunsche Ausdruck geben, daß das Gleiche, was hier nur für Zivilsachen angeordnet wird, in kürzester Zeit auch in Verträgen zustande kommt, die für Strafsachen, Steuersachen und für alle übrigen Angelegenheiten des bürgerlichen Lebens ähnliche Bestimmungen erhalten. Schon der Herr Berichterstatter und mein sehr geschätzter Herr Vorredner haben sich mit den sprachrechtlichen Bestimmungen des Gesetzes befaßt. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die sprachrechtlichen Bestimmungen einfach dem entsprechen sollen, was die Praxis benötigt, um so rasch als möglich zu einer Erledigung der Angelegenheit zu kommen. Je dem Vertrag selbst wird diesem Erfordernis nicht Rechnung getragen, wohl aber in dem schon vom Herrn Berichterstatter zitierten Zusatzprotokoll Art. 3. Der Herr Vorredner hat nur Bedenken verfassungswidriger Natur geäußert. Ich kann mich diesen Bedenken nicht anschließen. Vor allem stehe ich nicht auf dem Standpunkt, daß die Ratifizierung eines Vertrages durch den Präsidenten der Republik der Beschlussfassung im Abgeordnetenhaus vorenzuziehen hat, sondern nach der Verfassung hat die Ratifizierung, das ist die Genehmigung und die Unterschrift, dem Vertrag der Beschlussfassung in der Nationalversammlung nachzufolgen und erst wenn diese Beschlussfassung erfolgt ist, dann erfolgt die Ratifizierung und der Austausch der Ratifikationsurkunden. Was die Sprachrechte der Ausländer betrifft, so sind sie durch den vorliegenden Vertrag und den Art. 1 nicht in Frage gestellt. Der Herr Kollege Friedrich hat ganz richtig herbegehoben, daß hier in bezug auf die Sprachrechte zwei verschiedene Entscheidungen der beiden obersten Gerichte vorliegen, des Obersten Gerichtshofes in Brünn und des Obersten Verwaltungsgerichtes in Prag. Da aber das Sprachengesetz selbst die Entscheidung über Sprachstreitigkeiten auf den Administrativweg verweist, so kann in dieser Frage der Oberste Gerichtshof in Brünn eine autoritative Entscheidung überhaupt nicht erlassen, sondern maßgebend und gültig ist ausschließlich die Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes. Und der Oberste Verwaltungsgerichtshof hat in Auslegung des § 2 des Sprachengesetzes ganz richtig entschieden, daß den deutschen Ausländern die gleichen Vorteile zugute kommen, wie den deutschen Inländern.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß wieder kein Vertreter des Justizministeriums hier anwesend

ist und das dies ein weiteres Glied in der Kette der Misachtung bedeutet, die die Regierung dem Senat dauernd erweist. Es herrschen grauenhafte Zustände in der Justiz. Eines jener wenigen Gesetze, die im alten Oesterreich allgemeine Zustimmung erfahren haben, war die Zivilprozessordnung, die der frühere österreichische Justizminister Dr. Klein verfaßt hat, und die vom österreichischen Parlament angenommen worden ist. Diese Zivilprozessordnung, die auf Grundlage der Öffentlichkeit beruht, droht durch den Mangel an Richtern, durch den Mangel an Kanzleipersonal, durch die Dualereien der Richter in den Sprachenfragen, absolut zu werden. Es kommt vor, daß ein und dieselbe Sache dreimal aus dem Deutschen in tschechische und umgekehrt übersetzt werden muß. Um alle diese Dinge ist ein solcher Mangel bei unseren Gerichten eingetreten, daß die Zustände wieder in jene Zeit zurückzuführen scheinen, die wir vor dem Jahre 1898 während der Gültigkeit der alten Zivilprozessgesetze miterlebt haben. Sein Recht zu finden, ist eine Sache, die heute beinahe unmöglich geworden ist und der Schuldner, der sich der Zahlung entziehen will, braucht gar nichts anderes zu tun, als den Anspruch zu bestreiten, und hat Monate Ruhe. Nicht weniger grauenhaft sind die Zustände im Exekutionsbereich. Die Exekutionen bleiben monatelang liegen, Steuerrückstände und alle diese Sachen haben eine ungeheure Ueberlastung der Gerichte herbei-

geführt, daß die vorhandenen Organe nicht mehr hinreichend, um diese Arbeiten zu bewältigen. Die Anstaltanten, die den Inhalt eines Richters versehen, sind an der Tagesordnung. Daß Leute, die weder die Orthographie noch den Stil beherrschen, zu Schriftführerämtern vorangezogen werden, kommt alle Tage vor. Alles im Interesse der angeblichen Ersparnis. Wenn man statt dessen bei jedem Bericht eine genügende Anzahl von Schreibmaschinen und schreibmaschinendigen Menschen verwenden würde, so würde man einen großen Teil dieser Zustände rasch beseitigen.

Ich möchte nun auf eine Sache, die mit dem Vertrage in großem Zusammenhange steht, zu rückkommen, das ist eine Rede, die sich der Herr Handelsminister in dieser Tage auf dem slowakischen Handelskongreß gehalten hat. Der Herr Handelsminister hat dort gesagt, daß, was Deutschland treibe, sei nichts anderes als ein neuer Unterseebootkrieg. Und er fügte dann hinzu: „Wir müssen alle Fragen von einem höheren Gesichtspunkt betrachten.“ Also der Herr Handelsminister unterlegt Deutschland, daß es absichtlich die Unterwerfung seiner Balua herbeiführe. Bismarck hat einmal gesagt, daß die Regierungen die Fensterhaken bezahlen müssen, welche ihre Presse einwirft. In unserem Staate scheinen sich in das Geschäft, Fenster einzuwerfen, die Minister zu teilen, sie scheinen das Fenster einwerfen gemeinsam mit der Presse betreiben zu wollen. Der Handelsminister hat öfters schon ähnliche Äußerungen getan, die er nie verantworten kann. Ich erinnere nur an die Äußerung, die er den nordböhmischen Industriellen gegenüber getan hat. Der Herr ist längst reis, sich wieder in das finanziell einträgliche Geschäft zurückzugeben, das er sehr gut mit seiner Tätigkeit als Abgeordneter zu verquiden weiß. Er hat uns das Automobildruckgesetz beschert, er, der an der Automobilfirma Laurin und Klement in Pilsen beteiligt ist. Er hat auch gesagt: „Wir leben in schweren Zeiten, welche gerade für die kleinen Leute am schlimmsten sind. Es steht fest, daß viele fallen werden, aber es gibt eben keinen Krieg ohne tote.“ Er hat nicht gesagt wie den kleinen Leuten geholfen werden soll, sondern er sagt, die kleinen Leute gehen die Großindustriellen nichts an, die kleinen Leute sollen fallen. Aber die erste Äußerung über Deutschland ist sicher nicht geeignet, das Verhältnis zu Deutschland, das doch ein korrektes sein soll, zu einem noch korrekteren zu gestalten und unser Verhältnis zu Deutschland auf denjenigen Standpunkt zu bringen, der es nach unseren wirtschaftlichen Beziehungen, nach unserer wirtschaftlichen Lage in Mitteleuropa sowie auch nach den nationalen Siedlungsverhältnissen hier und drüben unbedingt erforderlich wäre. Ich betone also, daß wir selbstverständlich mit solchen Reden verantwortlichem Herren durchaus nicht einverstanden sind und ich hoffe, daß der Herr Minister des Innern dem Herrn Handelsminister wegen seiner Rede gehörig den Kopf waschen wird, wie er es verdient. Zur Vorlage selbst will ich nochmals betonen, daß wir sie begrüßen und wünschen, daß alle diese Dinge, die heute noch nicht bereinigt sind, in Kürze bereinigt werden und daß wir für die Vorlage stimmen werden. (Beifall.)

Inland.

Wie gespart wird. Das Ministerium für Landesverteidigung hatte, wie der „Cas“ berichtet, Lieferungen für Heu und Stroh ausgeschrieben. An der Art der Bedingungen, welche in dieser Ausschreibung gestellt wurden, war deutlich zu erkennen, daß man beabsichtige nur den tschechischen und den deutschen Zentralverband landwirtschaftlicher Genossenschaften, die miteinander verbunden sind, mit den Lieferungen zu betrauen. Nun enthält das Offert, welches der Zentralverband einreichte, gerade die alleruntersten Bedingungen. Das aber paßte dem Ministerium nicht, daß man durch anderweitige Bestellung viel Geld dem Staate ersparen könnte und überdies — wie hätte man eine solche mächtige Organisation, wie es der Zentralverband ist, übergehen dürfen? Man ging also, um den Schein zu wahren, auf dieses neuere Offert nicht offen ein. In Wirklichkeit aber geschah dies doch, und zwar half man sich so, daß man ganz einfach eine neue Ausschreibung nach einzelnen Divisionen vornahm. Von den übrigen Folgen, die sich aus Rechtsstreiten etc. dabei ergeben, soll dabei gar nicht gesprochen werden. Sind das die Konsequenzen der bereits monatlangem Tätigkeit der Erparungskommission?

Das kleine Schulgesetz. In der Sitzung des Kulturausschusses des Senates wurde gestern das kleine Schulgesetz beraten. Der Berichterstatter Prof. Křeží (tsch. Soc.) verurteilte in seinem Berichte das Gesetz, für welches er und seine Partei stimmen werden, und meinte, daß es zur Beschwichtigung seines Gewissens ausreiche, wenn er den Wunsch nach allem, was dem Gesetze fehlt, in eine Resolution niedergelegt wissen wollte. Prof. Bilgenterer (d. Christl.) sprach gegen das Gesetz, weil es das Elternrecht auf literale Schulerziehung angeblich angreife. Genosse Prof. Polach erklärte, daß die sozialdemokratische Partei an den Beratungen im Ausschusse nicht weiter teilnehmen werde, weil die Beratung eine Farce sei. Das Schicksal des Gesetzes in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses habe den Beweis geliefert, daß von den Wähleranträgen der Opposition nicht das geringste angenommen werde und das Verbot nicht hinwegräumen, daß auch die Regierungsparteien ein Gesetz annehmen werden, von dessen Nichtigkeit die meisten von ihnen selbst überzeugt sind. Ihre Stellung zu dem Ge-

setze und seinem Inhalte werden die deutschen Sozialdemokraten gelegentlich der Verhandlung im Plenum des Hauses zum Ausdruck bringen. Nach dieser Erklärung verließ Genosse Polach den Kulturanschuß.

Wieder ein überflüssiges Amt. Unter diesem Titel berichten die nationaldemokratischen „Lidove Roviny“ davon, daß der Ministerrat den Antrag des slowakischen Verwaltungsgeministeriums genehmigt habe, eine persönliche Beratungsstelle diesem Ministerium anzugliedern. Es soll den Zweck haben, die Befehlungen und Ernennungen von Staatsbeamtenstellen in der Slowakei dahin zu überwachen, daß die Slowaken an erster Stelle hierin zu berücksichtigen sind. Auch soll sich dieses Amt mit allgemeinen Fragen der Regelung der Verhältnisse der slowakischen Staatsbeamten befassen und in diesem Sinne Anträge den einzelnen Ministerien und dem Regierungspräsidenten überreichen. Die „Lid. Roviny“ bemerken dazu, daß ein solches Amt deshalb überflüssig sei, da es noch wenige des Staatsdienstes fähige Slowaken gibt und weil dadurch nicht anderes als eine Amtsstelle zur Vermittlung der Protektion Einzelner geschaffen wird. Es ist hier ganz deutlich zu erkennen, daß die Nationaldemokraten die Slowakei nur mit tschechischen Beamten füllen wollen, und daß sie das, was auch nur eine Andeutung slowakischer Autonomie enthält, sofort zu erdrücken bemüht sind.

Die Novelle zur Gemeindevahlordnung, die vom Abgeordnetenhause bereits angenommen ist, und nun dem Senat vorliegt, soll von einzelnen tschechischen Koalitionsparteien des Senates abgelehnt werden. Wie das „Ceske Slovo“ schreibt, ist der Klub der nationalsozialistischen Senatoren nicht geneigt, das Gesetz anzunehmen. Insbesondere stößt sich der Klub an der Bestimmung des Gesetzes, wonach beim Uebertritt in eine andere Partei der betreffende Gemeindevorteiler seines Mandates verlustig erklärt werden soll. Für die Zukunft will das eventuell der nationalsozialistische Klub zugeben, aber auf die Vergangenheit soll dies keinerlei Bezug haben. Es besteht zwar die Gefahr — wie das Blatt schreibt — daß der gefühllose Zustand, der dadurch geschaffen wurde, daß die Funktionsperiode der Gemeindevorteiler bereits abgelauten ist, noch weiter dauert, aber das könne für den genannten Klub keinen Grund bilden, von seiner Ansicht abzugehen.

Zur Gehaltsregulierung der Beamten und Professoren mit Hochschulbildung, erhält das „Ceske Slovo“ folgende bezeichnende Nachricht aus Professorentreibern des flachen Landes: „Wir sind mit dem Standpunkte, welchen die sozialistischen Parteien gegen den Regierungsentwurf über die Gehalte der „Akademiker“, einnehmen, vollkommen einverstanden. Würde der Entwurf angenommen, so würde dies zu schreienden Ungerechtigkeiten führen. Nach dem Umsturz haben sich einige Vorkämpfer des Ustred. spol. profes. (Centralverein der Professoren), im Alter von vierzig Jahren, ohne irgend welche Verdienste um Wissenschaft, Schule oder Nation, im wahren Sinne des Wortes in das Unterrichtsministerium eingedrängt und haben dort die warmen Nester eingenommen. Kaum fühlten sie sich dort warm, benutzten sie die damaligen noch nicht konsolidierten Verfassungsverhältnisse dazu, sich gegenseitig um die Beute zum Abancement vorzuschlagen, so daß sie in zwei Jahren aus der achten in die fünfte (!) Rangklasse aufstiegen. Außerdem beantragten sie sich allerlei Vorstände und andere Zulagen. Und diesen Herren hätte man über ihren eigenen Vorschlag jetzt schnell die vierte, und in Kürze die dritte Rangklasse verleihen, und ihre Vorstandszulagen noch wesentlich erhöhen sollen, so daß die jungen, durch nichts hervorragenden Herren, in der Republik schnellere Karriere gemacht hätten als im Kaiserreich die Erzherzoge. Gegen eine derartige „Gehaltsregulierung“ muß sich jeder denkende Mensch mit Verbitterung wenden.“ Es ist überflüssig dem, etwas hinzuzufügen.

Senat.

Ueber die Vorgänge beim Brand des Joachimsthaler Kurhauses

haben die Senatoren Löw, Lorenz und Genossen an den Herrn Minister für öffentliches Gesundheitswesen und Körperpflege folgende Anfrage gestellt:

Am 29. Mai 1922 hat das Gesundheitsministerium das Nadiumhotel in Joachimsthal gekauft. Sofort wurden alle Angestellten vom Direktor bis zum Nachwächter entlassen. Die Verwaltung des Hotels, welches einen Wert von 30 bis 40 Millionen repräsentiert, wurde einem ausgelassenen Schlosser übertragen, der nicht einmal im Hotel wohnte. In das Hotel, das ungefähr 500 Räume hatte, gab man einen neuen unerfahrenen Wächter ohne alle Instruktionen. Tatsächlich blieb das Hotel mit seinen großen Werten ohne Aufsicht. In der Nacht auf den 26. Juni 1922 brannte ein Teil des Hotels nieder. Die Ursache des Feuers ist offenbar ein Kurzschluß, der im Lift eintrat. Während früher solche infolge Kurzschluß eingetretene Feuer wiederholt in kurzer Zeit gelöscht wurden, ohne daß ein erheblicher Schaden entstand, und ohne daß jemand von der Sache erfuhr, gewann diesmal das Feuer größere Ausbreitung, weil der Wächter nicht wußte, wie er das Licht unter den Gängen einschalten, wo er die Hydranten öffnen sollte. Es waren auch nicht die elfernen Tore auf dem Boden, durch welche die einzelnen Flügel von einander abgeteilt sind, geschlossen. Es erwies sich, daß der Wächter ohne alle Instruktionen war, daß überhaupt für eine ausreichende Bewachung und Sicherheit des großen Hotels in keiner Weise vorgesorgt war, so daß ein Schaden von 2 bis 3 Millionen entstehen konnte. Wie bereits bemerkt, brach der Brand am 26. Juni

1922 aus. Tags vorher, also am 28. Juni, kam vom Gesundheitsministerium der Befehl, daß das Hotel am 1. Juli, also drei Tage später eröffnet werden wird. Zu dieser Zeit befand sich das Hotel in einem wüsten Zustand. Es war nichts gewaschen, nichts vorbereitet, kein Personal vorhanden, und die Eröffnung des Hotels am 1. Juli hätte zu einem Skandal geführt, der die Republik im Ansehen des Auslandes schwer geschädigt und herabgesetzt hätte. Mindestens 14 Tage intensiver Vorbereitungsarbeiten wären notwendig gewesen, um das Hotel auch nur einigermaßen zur Aufnahme von Gästen instand zu setzen. Die Behörden aber haben den unerhörten Verlaß gemacht, der deutschen Bevölkerung in Joachimsthal die Schuld an dem Brande zuzuschreiben. Der Polizeibericht ließ durchblicken, als wäre das Feuer gelegt worden, ohne daß hierfür auch nur der geringste Anhaltspunkt vorhanden ist. Die Art der Verwaltung dieses großen kostbaren Hotels zeigt, daß die Staatsverwaltung mit unerhörter Leichtfertigkeit vorgeht, wenn es sich um das Vermögen des Staates handelt. Die Entlassung der bewährten Angestellten zeigt aber auch, daß dem Ministerium die Hauptfrage nicht eine geordnete Verwaltung, sondern der Verlaß ist, staatliche Unternehmungen zu Abschweifungszwecken zu mißbrauchen.

Wir stellen daher an den Herrn Minister die Anfrage:

1. Wie kann er rechtfertigen, daß alle Angestellten entlassen wurden?
2. Wie kann er rechtfertigen, daß 3 Tage vor der beabsichtigten Eröffnung des Hotels mit den Vorbereitungsarbeiten noch nicht begonnen war?
3. Wie kann er rechtfertigen, daß dieses große, kostbare Hotel von einem einzigen, unerfahrenen Wächter bewacht wurde, dem nicht einmal die erforderlichen Instruktionen erteilt wurden?
4. War die am 23. Juni 1922 abgelassene Versicherungspolice rechtzeitig erneuert worden?
5. Ist der Herr Minister bereit, die verantwortlichen Organe zur Rechenschaft zu ziehen?

(Folgen die Unterschriften.)

Eine „wissenschaftliche“ Leuchte der Gelben.

Die Partei des „nationalen Sozialismus“, die seine deutschgebe Brüderchaft hat stets alles an sich gezogen, was in politischem oder auch in anderem Sinne verunglückt oder minderwertig ist. Das ist auch nicht zu verwundern, denn zum Geschäft der Verleumdung des proletarischen Klassenkampfes der sozialdemokratischen Bewegung kann man Gentleman nicht brauchen. Und die Befestigung der letzten moralischen Hemmungen gehörte immer dazu, um in der von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei am tiefsten verachteten Partei vorwärts zu kommen. Jetzt da die Deutschgelben in den Mutterhof der Bürgerlichen, deren Sozialistenhass sie ihre Zeugung verdanken, zurückkehren, da sie sich mit der Nationalpartei noch inniger als bisher vereinigen, ist der Bedarf an Individuen gewachsen, welche die Sprache der neuen Herren sprechen, als hätten sie niemals eine andere gelernt. Aus solchen Voraussetzungen und Tatsachen erklärt sich eine literarische „Individualität“, wie sie Herr Professor Theodor Wollschaf repräsentiert. Ihm ist es gelungen, lange Zeit den „Sozialdemokraten“ zu mimen, bis ihn das persönliche Schicksal zu denen geführt hat, denen er seinem inneren Wesen nach zugehörig ist. Spät aber doch hat der Professor Wollschaf heimgefunden. Er hat die Partei gefunden, in der sich sein wahres Wesen ausleben kann. Jetzt darf er sich in der, seinem Wesen entsprechenden, seinem innersten Sinne gerechten Presse ausleben, sich als das geben, was er ist. Das Meisterstück hat er jetzt in Herrn Jung „Deutschem Volksblatt“ in Troppau geliefert, in einem Artikel, dem er den Titel „Salunkentum“ gibt, um damit die internationale Sozialdemokratie zu „charakterisieren“, der in Wirklichkeit aber nur seine eigene politische Tätigkeit kennzeichnet. Was er in seinem Verleumdungsartikel an „Tatsachen“ vorbringt, ist nicht der Rede wert. Wer sich der Mühe unterziehen wollte, die Früchte seines jetzigen Zeitelastens kritisch unter die Lupe zu nehmen, unterzöge sich einer höchst überflüssigen Mühe. Die Ritterkunst der Verleumder des Sozialismus ist hinlänglich bekannt. Sage aus dem Munde des obiturnen, tendenziösen Ispolportomanhaften Schmierers Dr. Wichtl, — der durch sein Buch über Kramarsch als „Publizist“, ebenso charakterisiert ist, wie durch seine gemeinen Intrigen gegen Oesterreichs Anspruch auf das Burgenland, — bilden das „wissenschaftliche“ Rückgrat von Wollschafs „Beweisen“. Daß die feigen Morde der hoffnungsvollen alldeutschen Jugend von ihm neben Friedrich Adlers Tat gestellt werden, zeigt, wie sicher sein Instinkt für die Bedürfnisse der Gesellschaft geworden ist, der er gegenwärtig seine Dienste leistet. Er handhabt die Fräuleinart, wonach der Imperialismus der deutschen Kapitalisten verschwiegen wird und der der Ententeapitalisten allein übrig bleibt. Er scheut sich als Historiker nicht, die übelste Art der Beweiskführung durch Anführung von Worten, die da und dort irgend jemand gesagt oder geschrieben hat, sich zu eigen zu machen. Gefördert aber wird — das ist ja das alldeutsche Gebot der Stunde — das Ganze dadurch, daß er sich mit der Ermordung Rathenaus moralisch identifiziert! Denn nichts anderes als eine solche Identifizierung ist es, wenn von ihm die Entrüstung der Sozialdemokratie über die gemeinen und niederträchtigen Mordtaten von Wollschaf als „Heuchelei“, dagegen die von den Lumpen aus dem Hintergrunde dirigierten Mordtaten als „Kette der Notwehr“ und der „Verzweiflung des deutschen Volkes“

bezeichnet werden. In dem trüben Sumpfe, in dem Herr Professor Wollschaf wie ein gelehrter Deutschgelber von Freimaurerverschönerung und Demokratie schwatzt, spiegelt sich deutlich sein eigenes Bild, das die verzerrten boshaften Züge eines durch unbefriedigten Ehrgeiz und ungezügeltten Haß entstellten Menschen zeigt. Wenn Wollschaf vom „Salunkentum“ und „Judentum“ im Zusammenhange mit der internationalen Sozialdemokratie spricht, so wissen die Sozialdemokraten, auf wen diese Bezeichnung zutrifft. Die Erklärung für seinen Wandel, da sein Charakterbild von „der Partei Haß und Genuß“ nicht mehr „verwirrt“ ist, werden diejenigen, die ihn nunmehr reiflos kennen, nicht in den Ereignissen der Zeit, sondern in seinem eigenen, von niemandem nunmehr mißzuverstehenden Charakter sehen.

Ausland.

Eine internationale Mordorganisation.

In der Berliner „Roten Fahne“ behauptet Karl Radel, daß zwischen dem Wollschaf an Miskulow und dem Morde an Rathenau eine Verbindung infolge bester, als russische und deutsche Monarchisten Hand in Hand arbeiten. Radel erinnert zum Beweise an den im Vorjahre in Reichshall stattgefundenen Monarchistenkongreß, der durch die deutschen Monarchisten organisiert worden sei.

„Die monarchistischen russischen und deutschen Organisationen“, so fährt Radel fort, „stehen untereinander in enger Verbindung. In Berlin liegt die Verbindung in dem höchsten monarchistischen Rate, in den Händen des deutschen Majors, Wolfgang von Plotz, eines der Leiter der Orghel-Organisationen. Sein Adjutant ist der Rittmeister Egon von Stern. Major von Plotz unterhält beständige Verbindung mit dem Obersten Bauer, dem Organisator des Kapp-Putschs, der durch die festesten Bande mit den russischen Weihen, durch den russischen General Wikupski verbunden ist. Die deutschen und russischen weihen Organisationen sind aufs engste mit den ungarischen weihen Organisationen verbunden. Verbindungsober ist der Hauptmann Josef Rindly, während als Kurier zwischen Budapest und München der Leutnant Gustav Tarsch fährt. Einen genaueren Ausbruch der Verbindung mit den deutschen und ungarischen monarchistischen Kreisen als die Tatsache, daß bei ihnen die Mörder Erzbergers Aufnahme gefunden haben, braucht man nicht.“

Das alles sind Tatsachen, die der deutschen Polizei sehr gut bekannt sind. Warum konnte die Polizei bis zur letzten Zeit diese Verbindungen nicht feststellen? Warum hat sie gegen diese Verbindung keine Maßnahmen getroffen?

Schließlich behauptet Radel, daß die deutsche Regierung rechtzeitig Kenntnis von dem geplanten Mord an Miskulow gehabt habe. Als aber das auswärtige Amt der deutschen Schutzpolizei Mitteilung gemacht und ihr auch einen Oberst benannt habe, der mit den Mördern in Verbindung stehe, habe Staatsanwalt Weismann den Obersten gewarnt.

Wie weit diese Darstellung den Tatsachen entspricht, können wir nicht nachprüfen, daß Zusammenhänge zwischen den deutschen und den russischen Mordorganisationen bestehen, ist kaum zu bezweifeln.

Telegramme.

Das unnahgiebige Frankreich vor der Isolierung.

Paris, 12. Juli. Das „Petit Journal“ gibt von den gestrigen Beratungen der Delegierten der Reparationskommission über die deutsche Finanzlage folgende Darstellung: Sir John Bradburn, der vom englischen Kabinett formelle Instruktionen erhalten hat, hat die Annahme eines neuen Moratoriums vorgeschlagen, das nicht nur die vollkommene Aushebung aller Goldzahlungen für zwei oder sogar für drei Jahre vorläßt, sondern auch für den gleichen Zeitraum eine wesentliche Herabsetzung der Sachlieferungen enthalten soll. Es ist, sagt „Petit Journal“, kaum nötig, auf den Ernst dieses Vorschlages hinzuweisen, der versucht, die Ausführung des Abkommens von Wiesbaden in dem Augenblicke aufzuheben, in dem das Abkommen endlich verwirklicht werden soll, und Frankreich der Reparationszahlungen jeder Art bis zum Jahre 1925 zu berauben. Die Delegierten von Belgien und Italien haben sich, wie das Blatt zu wissen glaubt, mit mehr oder weniger wichtigen Vorbehalten dem englischen Vorschlage angeschlossen. Der französische Delegierte Dubois stand also mit seinem Widerspruch allein und hat nur erzielen können, daß keine Entscheidung getroffen wird, bevor der Garantienauschuß nach Paris zurückkehrt. Am Abend ist diese Lage am Duai d'Orsay zwischen Poincare, De Lasteyrie, Radel und Dubois, besprochen worden.

Die „Ere Nouvelle“ glaubt bestätigen zu können, daß bei der offiziellen Beratung im Reparationsauschuß sich eine Mehrheit gegen Frankreich, um nicht zu sagen, eine Einstimmigkeit gegen Frankreich, gebildet hat.

Bericht Englands auf seine Forderungen gegen Frankreich.

Paris, 12. Juli. (Gavas.) Nach einer Meldung des „Petit Journal“ aus London soll die englische Regierung die Entsendung einer Mission nach Washington beabsichtigen, die die amerikanische Regierung darüber informieren würde,

das England daran denkt, die Kriegsschulden zu bezahlen und zu diesem Zwecke eine innere Anleihe zu begeben. Später würde sie dem Parla-

Die Jagd nach den Mördern.

Bisher ergebnislos. Berlin, 12. Juli. (Wolff.) Die Mörder des Ministers Rathenau befinden sich zweifellos noch in Mitteldeutschland und werden vorwiegend in Thüringen zu finden sein, auf Fahrtrassen Süddeutschlands zu erreichen, wahrzunehmen.

Zurichtbares Explosionsunglück.

Boizenburg a. O., 12. Juli. (Wolff.) Heute vormittags hat sich auf dem Hofe der Gesellschaft zur Verwertung von Heeresgut in Zwickdorf bei Schwanhaide ein furchtbares Explosionsunglück in der Minenverlegungsanlage ereignet, die vollkommen zerstört wurde.

Verhaftung von Rektionären in Dresden.

Berlin, 12. Juli. Der "Vorwärts" meldet aus Dresden, daß in Verbindung mit der Ermordung Rathenaus und den in der letzten Zeit gemachten Waffenfunden außer dem Leutnant Steinbeck Oberst a. D. Abendrot und Major a. D. Pforte, sämtliche aus Dresden, verhaftet wurden.

Kritische Lage im Haag.

Haag, 12. Juli. In der heutigen Sitzung der Kommission für Privateigentum hat Litwinow seinen ablehnenden Standpunkt bezüglich der Rückfälligkeit des Privateigentums und der Entschädigung der Eigentümer in verschärfter Form aufrecht erhalten.

Die Dubliner Opfer des Bürgerkrieges.

London, 11. Juli. Die endgültige Verfassungsliste der Kämpfe in Dublin weist an Toten 19 Soldaten und 75 Zivilisten, an Verwundeten 111 Soldaten und 281 Zivilisten aus.

Eine Demonstration der Invaliden in Wien.

Wien, 12. Juli. Einige tausend Kriegsinvaliden aus Wien und der Provinz veranstalteten Dienstag abends eine länger als zwei Stunden währende Kundgebung vor dem Parlamentsgebäude. Bundeskanzler Seipel und Bundesminister Schmitz wurden ins Parlament kommen und eine Abordnung der Demonstranten empfangen.

Nationalistische Sommerbeschäftigung.

Auffig, 12. Juli. (Eigenbericht.) Die Bezirksleitung der deutschen nationalistischen Partei hatte für Dienstag, den 11. Juli, abends, in der Turnhalle eine öffentliche Versammlung einberufen, bei welcher Abgeordneter Jung über die jüngsten Heldentaten im Parliamente berichtete.

Reichskonferenz der Bergarbeiter.

Zweiter Verhandlungstag.

Gestern wurde in der Reichskonferenz der Bergarbeiter der zweite Punkt der Tagesordnung, unsere Erfahrungen mit dem Betriebsrätegesetz und seine Reformierung in Beratung gezogen.

Nach dem Referate wurde die Verhandlung dieses Gegenstandes unterbrochen und zum nächsten Verhandlungsgegenstand, der Altersversorgung der Bergarbeiter übergegangen. Hierzu hielt Abgeordneter Genosse Dr. Haas einen lehrreichen Vortrag in tschechischer und deutscher Sprache.

durch die Festlegung der Teuerungszulagen als Pflichtleistung ist ein wesentlicher Fortschritt erzielt worden. Ebenso ist als wesentlicher Erfolg zu buchen, daß die Vorteile des Gesetzes nicht nur den nach aktiv arbeitenden Bergarbeitern, sondern auch allen Provisionsisten, die schon im Ruhegenuß der Bruderlöhne stehen, zugute kommen.

werde. Das Versammlungsverbot hat die Nationalsozialisten vor einem großen Risiko bewahrt, da sich in dieser Versammlung nur wenige Teilnehmer eingefunden hätten.

Genossen, leidet die Arbeiterpresse!

Tages-Neuigkeiten.

Keiner fühlt sich verantwortlich. Am 12. Juli ist der Reichsberger "Freigeist" zum erstenmal wieder in der Buchdruckerei Klunge u. Comp. erschienen.

ist. Mit der Feststellung also, daß die kommunistische Kreisleitung in Reichenberg ein Tausendbesitzer ist, zu dessen Inwohnern sie selber nicht gehören und über dessen Bevölkerung sie, die ersten Vertrauensmänner der Partei, keine Auskunft geben können, versuchen die Humpel und Hanke sich der Verantwortung zu entziehen.

Voblenose Schlamperei im Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge. Vor einigen Wochen haben wir mitgeteilt, daß das Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge auch durch das Ministerium für soziale Fürsorge nicht veranlaßt werden konnte, die Rentenanmeldungen der Theresia Tuschner und Marie Jäger aus Pelschau zu erledigen.

„Marie Jäger hat beim genannten Amt eine Anmeldung um die Rente überreicht, welche aber auf unerklärliche Weise verloren ging. Theresia Tuschner steht überhaupt nicht in der Evidenz des erwähnten Amtes.“

Am 1. Juni 1922 wurden den beiden Frauen Duplikate der Anmeldung eingefendet und sobald diese einlaufen, wird die Rente bemessen werden.“

Durch diesen Erlaß des Ministeriums für soziale Fürsorge werden die unhaltbaren Zustände im Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge grell beleuchtet. Es ist ein unerhörtes Skandal, daß in einem öffentlichen Amte überhaupt Aktien verloren gehen, zumal es sich um Aktien handelt, deren Eiseldigung für die Existenz des Gefuchstellers von einschneidender Bedeutung sind.

Rektor Steinhilber weicht nicht vor dem deutschen Studenten. Bekanntlich haben die deutschen Studenten in Auffig eine Resolution verfaßt, in der sie gegen die Rektorswahl des Historikers Dr. Steinhilber protestieren, weil dieser ein Jude sei.

Die Behauptung, daß ich in weiten Kreisen der Studentenschaft ganz unbekannt sei, will ich nicht bestritten, jedoch zur Aufklärung anführen, daß ich seit vielen Jahren meine Zeit und Arbeitskraft ausschließlich meiner Lehrtätigkeit und wissenschaftlichen Forschung gewidmet habe.

Der Senat übermittelte diese Erklärung der deutscharischen Studentenschaft, die aber ihren Protest aufrecht erhält und dieses Vorgehen damit motiviert, daß Doktor Steinhilber Zionist sei.

Ein erster Zwischenfall ereignete sich während des Komotauer Turnfestes im „Café Central“. Dort sangen antwortende Turner das Lied „Deutschland, Deutschland, über alles“.

Der amtliche Bericht meldete über das Komotauer Turnfest, daß „alles in Ruhe und Ordnung verliefen ist“. Er scheint davon nicht Kenntnis genommen zu haben, daß es durch die nationale Hege beinahe zu einem Blutvergießen gekommen wäre.

Monsieur Ritterhauser auf Reisen. Wie aus Brüg gemeldet wird, ist dort General Ritterhauser in Begleitung einer großen Anzahl französischer und tschechischer Offiziere eingetroffen und wird sich dort ins Erzgebirge begeben.

Ungeheure Teuerung in Wien. Das Ansteigen der fremden Devisen, insbesondere der tsch. Krone, die ständig in Wien am stärksten geliebt wird, hat eine allgemeine Verteuerung zur Folge.

Neue militärische Projekte. Das „Pravo Lidu“ berichtet über folgende neue Projekte der Militärverwaltung: Im Herbst wird mit dem Bau einer neuen großen Kaserne in Wallachisch-Meseritz begonnen werden.

